



Medienbildung Jetzt! – Wahlprüfsteine zur bildungspolitischen Umsetzung von Medienbildung und Medienkompetenz

Matthias Specht
Michael Lange

Der Beitrag führt die aktuellen Wahlprüfsteine aus, welche den zum Berliner Abgeordnetenhaus antretenden Parteien zu Fragen der Umsetzung von Medienbildung und Medienkompetenz vorgelegt wurden.

Die Initiative Keine Bildung ohne Medien! hat in Deutschland erstmals 2012 zu den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein den sich zur Wahl stellenden politischen Parteien sogenannte "Wahlprüfsteine" vorgelegt und gebeten, zur Förderung von Medienkompetenz und Medienbildung Stellung zu beziehen. Somit wurde ermöglicht, in den bildungspolitischen Diskurs um Umsetzungsfragen der Medienpädagogik direkt mit VertreterInnen der Politik zu treten.

Im Rahmen der Kampagne "Medienbildung jetzt!" haben nun die Landesgruppe Berlin der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur (GMK) und die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Medienarbeit Berlin Wahlprüfsteine zur Medienbildung für die Berliner Parteien zur Abgeordnetenhauswahl am 18.09.2016 aufgestellt.

Medienbildung ist mehr als nur eine vierte Kulturkompetenz neben Lesen, Rechnen und Schreiben. Sie wird nicht nur einmal erlernt und dann beherrscht, sie setzt vielmehr lebenslanges Lernen voraus.

Medienbildung umfasst sehr viel mehr, als nur die technische Bedienbarkeit und Nutzungskompetenz von Medien, vielmehr gehört dazu das Wissen um die gesellschaftlichen Bedeutungen und Funktionen von Medien und der kritische Blick auf Medienprodukte, Medienproduzenten und Medienindustrie. Von umso größerer Bedeutung ist es, Medienbildung als dauerhafte Querschnittsaufgabe in die gesamte Bildungskette – von der frühkindlichen Medienerziehung über die Schule und außerschulische Angebote bis hin zur Aus-, Fort- und Weiterbildung – zu integrieren.

Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, mit einer 10-Punkte-Agenda zur Digitalen Hauptstadt zu werden und den durch die Digitalisierung bedingten Wandel des Lebensalltags, wie der der Arbeits- und Produktionsprozesse voranzutreiben. Dabei spielt der Bildungsbereich eine wichtige Rolle. Zur Digitalen Hauptstadt gehören medienkompetente BürgerInnen.

Im Vorfeld der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 18. September 2016 haben GMK Landesgruppe Berlin und die LAG Medienarbeit Berlin Wahlprüfsteine an die Berliner Parteien verschickt und bildungspolitischen Forderungen formuliert.

A. Grundbildung Medien für alle pädagogischen Fachkräfte verbindlich machen

Berliner Hoch- und Fachschulen, die pädagogische Fachkräfte ausbilden, stehen vor der Herausforderung und in der Verantwortung, Medienbildung curricular in den Studienplänen zu berücksichtigen.

Wir fordern

deshalb das Landesparlament als Gesetzgebungsorgan auf, zeitnah eine Novelle des Gesetzes über die Aus-, Fort- und Weiterbildung der LehrerInnen im Land Berlin zu verabschieden, die Medienbildung als weiteren Kompetenzbereich aufnimmt und zum prüfungsrelevanten Bestandteil der LehrerInnenprüfungen macht.

Wir fordern darüber hinaus, nachhaltige Strukturen für die Aus-, Fort- und Weiterbildung aller pädagogischen Fachkräfte in Berlin zu fördern und langfristig zu sichern.

Wir fragen

1. Welche Vorschläge hat Ihre Partei, um eine verbindliche und breitenwirksame medienpädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung für LehrerInnen sowie weitere pädagogische Fachkräfte sicherzustellen?

B. Erziehende bei frühkindlicher Medienbildung unterstützen

Medien sind auch aus dem Alltag von Kitakindern nicht mehr wegzudenken – vor allem die mobilen Medien Tablet und Smartphone locken mit einer Fülle an Apps und digitalen Angeboten auch die Kleinsten. Der Umgang mit digitalen Medien prägt die kindliche Entwicklung. Deshalb ist es wichtig, dass Kinder bereits in der Kita unterstützt werden, ihre Medienerlebnisse zu verarbeiten und an einen altersgerechten Medienumgang herangeführt werden. Hierzu brauchen wir KitaerzieherInnen und auch Eltern, die in der Lage sind, medienbezogene Kompetenzen bei Kindern zu fördern. Im Berliner

Bildungsprogramm der Kitas ist bereits im Bildungsbereich "Kommunikation: Sprachen, Schriftkultur und Medien" festgeschrieben, dass es für pädagogische Fachkräfte wichtig ist, sich im Team zu verständigen, wie die Ausbildung von Medienkompetenz in die pädagogische Arbeit integriert wird (siehe Berliner Bildungsprogramm, 101ff). Die PädagogInnen werden der Aufgabe, die Förderung in die pädagogische Arbeit zu integrieren, nur gerecht, wenn Sie in der Lage sind, die Faszination der Kinder in der Medienaneignung zu verstehen. Das ist eine Grundvoraussetzung, die Potenziale des kreativen Umgangs mit Medien in die pädagogische Arbeit zu integrieren. Hierzu benötigen PädagogInnen medienpädagogisches Grundwissen und Informations- und Unterstützungsangebote.

Wir fordern

die strukturelle Verankerung der medienpädagogischen Angebote in den Kindertagesstätten, um die Förderung von Medienkompetenzvermittlung in Kindertagesstätten und Schulhorten voranzutreiben.

Wir fordern die bestehende medienpädagogische Aus- und Weiterbildung für

pädagogische Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung verbindlich zu setzen und die Medienkompetenz in Verknüpfung mit bestehenden Aufgaben (Umsetzung der Bildungspläne, Dokumentation usw.) zu fördern.

Um Multiplikationseffekte in der medienpädagogischen Elternarbeit zu erzielen benötigt es flächendeckende Unterstützungen für Eltern bei der Medienerziehung.

Wir fragen

2. Welche Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei sinnvoll, um die Medienkompetenz von Vorschulkindern altersangemessen zu fördern?

3. Inwiefern reicht es Ihrer Meinung nach aus, dass die Förderung der Medienkompetenz im Berliner Bildungsprogramm für Kitas im Bildungsbereich "Kommunikation: Sprachen, Schriftkultur und Medien"

verankert ist und als Querschnittsbereich alle anderen Bildungsbereiche flankiert? Welche weiteren Maßnahmen strebt Ihre Partei an?

4. Wie wollen Sie den Ausbau der medienpädagogischen Elternarbeit und entsprechender Netzwerke stärken, damit Eltern für aktuelle Aufgaben der Medienerziehung und der Förderung frühkindlicher Medienkompetenz sensibilisiert werden?

C. Medienbildung in der Schule implementieren

Die Institution Schule steht in der Verantwortung, die digitalen Medien im Unterrichtsgeschehen zu integrieren. Mit der Einführung des neuen Rahmenlehrplans zum Schuljahr 2017/18 wird auch die Berücksichtigung des Basiscurriculums Medienbildung verbindlich. Damit ist ausdrücklich mehr als die Vermittlungsoptimierung des Unterrichts durch Medien gemeint. Um die umfassenden Ziele der Medienkompetenzvermittlung auch tatsächlich in den Schulalltag zu implementieren, bedarf es konkret formulierter Ziele und Standards.

Wir fordern

In der zweiten Phase der LehrerInnenausbildung sowie in Fort- und Weiterbildungsangeboten ist Medienbildung in der Planung ab sofort schwerpunktmäßig zu berücksichtigen.

Das Beratungs- und Unterstützungssystem für Schulen (BUSS) ist sowohl bezogen auf die schulinterne Umsetzung des Basiscurriculums Medienbildung als auch die fachliche Qualifizierung der schulischen BeraterInnen weiter auszubauen.

Dabei sollte dieses Unterstützungssystem mit außerschulischer medienpädagogischer Expertise vernetzt werden. Hierfür sind Finanzierungsmodelle zu entwickeln, um der Forderung im Teil A der neuen Rahmenlehrpläne für die Klassenstufen 1 bis 10, "für die Gestaltung schulinterner Curricula die Anregungen und Kooperationsangebote externer Partner zu nutzen", zu entsprechen.

Wir fragen

5. Welche Vorschläge haben Sie, um die Implementierung des Basiscurriculums im Alltag der Schulen sicher zu stellen? Welche Vorschläge haben Sie, um LehrerInnen in der Umsetzung der fachintegrativen Medienbildung zu unterstützen?

Welche Rolle spielen dabei aus Ihrer Sicht außerschulische Partner und wie könnte deren Rolle gestärkt werden?

6. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die erforderliche Medienausstattung in allen Schulen sowie den technischen Support und die technisch-didaktisch und medienpädagogisch sinnvolle Anwendung sicherzustellen?

D. Außerschulische Medienbildung strukturell verankern

Neben der Förderung von Medienkompetenz durch handlungsorientierte Medienprojekte stellen heute die fachlich-inhaltliche Unterstützung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie die Einbeziehung der Eltern weitere wichtige Schwerpunkte der Arbeit der Berliner Medieneinrichtungen dar. Die sich schnell entwickelnden Medientechnologien und neuen Netzdienste bedeuten laufend neue Herausforderungen und zeigen sich im gestiegenen Beratungsbedarf sowohl bei Eltern als auch PädagogInnen.

Der zunehmenden Bedeutung von Medienbildung steht in Berlin keine adäquate finanzielle und personelle Ausstattung der Medieneinrichtungen gegenüber. Die 5.000 Euro jährlich, die die bezirklichen Medienkompetenzzentren aus dem Programm Jugendnetz-Berlin erhalten, sind hier zu wenig. Programmmittel für landesweite Projekte wurden 2015 komplett gestrichen.

Wir fordern

den Ausbau der Förderung der Medienkompetenzzentren und Medieneinrichtungen und die nachhaltige strukturelle Verankerung von Medienkompetenzförderung in den Bezirken. Eine Aufnahme ins Schulgesetz als außerschulischer Lernort entsprechend den

Jugendkunstschulen schafft hier Verbindlichkeit. Wir regen zudem an, AGs zum Thema Medienbildung nach §78 in allen Bezirken zu gründen. Außerdem ist Medienbildung – bezogen auf das Berliner Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – über die Ausführungen des § 15, Satz 2 hinaus grundsätzlich als Erziehungs- und Bildungsauftrag zu beschreiben.

Der fachliche Austausch zwischen den Einrichtungen der Medienbildung landesweit ist wichtig für die Qualität der medienpädagogischen Arbeit vor Ort. Dazu ist die Förderung von Fachtagungen, Praxistagen und Werkstätten ebenso notwendig wie die Bereitstellung von Mitteln für vernetzte berlinweite Kooperationsprojekte.

Gerade bildungsferne Zielgruppen benötigen die persönliche Ansprache vor Ort in ihrem direkten Umfeld. Mittel für mediengestützte Kinder- und Jugendbeteiligung müssen verstärkt in Beteiligungsprojekte vor Ort integriert werden und entsprechende Projekte finanziell und strukturell gefördert werden.

Wir fragen

7. Welche Maßnahmen streben Sie an, um die bestehenden Förderprogramme zur Verankerung von Medienbildung in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit auszubauen?
8. Was sollte seitens der Landesebene getan werden, um Einrichtungen der Jugend-, Familien- und Elternbildung bei Angeboten zur Medienkompetenzförderung gezielt zu unterstützen?
9. Welche Vorschläge haben Sie, um den fachlichen Austausch zwischen Medienbildungseinrichtungen zu intensivieren?
10. Welche Vorschläge haben Sie für eine nachhaltige Verankerung mediengestützter Projekte zur Kinder- und Jugendbeteiligung auf bezirklicher Ebene?

E. Zugang zu Bildung öffnen und Open Educational Resources fördern

In den letzten Jahren hält das Thema Open Educational Resources (OER) immer mehr Einzug in die deutschsprachige Bildungslandschaft und -politik. Besonders im Zusammenhang mit digitalen Medien und rechtlichen Aspekten in digitalen Umgebungen entstehen oft Unsicherheiten und neue Herausforderungen bei Lehrenden und Lernenden. Open Educational Resources können hierfür konkrete Lösungen sein, da das Kopieren, Verändern und Weitergeben explizit erlaubt wird. Dabei geht es bei OER um das Schaffen von Zugängen zu Bildung und freien Bildungsressourcen für alle Menschen.

Wir fordern

Bildungsressourcen, die mit öffentlichen Geldern bereits finanziert werden, offen zu lizenzieren. Lehrende und Lernende müssen bei ihrem Vorhaben, Open Educational Resources zu nutzen und selbst zur Verfügung zu stellen von der Politik und Verwaltung unterstützt werden. Wir fordern, das Thema OER auf allen Ebenen der Aus-, Fort- und Weiterbildung verpflichtend zu integrieren.

Wir fragen

11. Welches Verständnis hat Ihre Partei von offener Bildung und Open Educational Resources?
12. Welche Vorschläge haben Sie, um Lehrende und Lernende beim Einsatz von OER zu unterstützen und das Thema OER bekannter zu machen?
13. Sollen Bildungsressourcen, die aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden, allen BürgerInnen frei zugänglich gemacht werden?

F. Partizipation in der Mediengesellschaft stärken

Freie Medien für mündige BürgerInnen gehören zur Demokratie. Nur über beteiligende Formen von Bürgermedienarbeit in Schule und außerschulischer Bildung wie in etablierten Medien mit offenen Formen journalistischer Arbeit und in neuen Formen von eDemocracy und netzdemokratischer Diskussionskultur kann eine echte Beteiligungsstruktur in Berlin vorangetrieben werden. Politische Beteiligung über Bürgermedien und ePartizipation sind entscheidende Bausteine der Demokratie. Berlin aber hat als einziges Bundesland gemeinsam mit Brandenburg Bürgerrundfunk noch nicht im Medienstaatsvertrag beider Länder reguliert.

Wir fordern

die verstärkte Förderung mediengestützten bürgerschaftlichen Engagements,

bei der der komplementäre Aspekt der Medienkompetenzförderung im Rahmen eines

Regulierungsverfahrens für Bürgermedien mit berücksichtigt wird.

Wir fragen

14. Was wollen Sie tun, um eine partizipative Medienbildung und Medienkompetenzförderung quer durch alle Altersstufen und Medien materiell und strukturell zu unterstützen?

15. Bürgerjournalismus in freien Radios oder Offenen Kanälen und Netzjournalismus machen Berlin bekannt. Wie wollen Sie die hier zumeist ehrenamtlich engagierten BürgerjournalistInnen fördern?

16. Wie stellt sich Ihre Partei die Förderung der Mitsprache von Zugewanderten und NeubürgerInnen in Medien und Öffentlichkeit vor? Und welche Mittel stellen Sie für interkulturelle Medienkompetenzarbeit bereit?

17. Was schlägt Ihre Partei konkret vor, um die Potenziale analoger und digitaler Medien im Bereich der Inklusion und Chancengleichheit zu fördern?

G. Medienbildungsakteure vernetzen

Medienbildung und Medienkompetenz benötigen Kinder, Jugendliche und auch erwachsene Menschen gleichermaßen. Ein Austausch der verschiedenen Akteure – VertreterInnen von Politik und Verwaltung, Forschung und Lehre, pädagogischer Praxis in- und außerhalb von Schule, der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) und weiterer zivilgesellschaftlicher Partner – ist daher dringend geboten.

Wir fordern

das Land Berlin auf, mit der mabb in Verhandlungen zu treten, um ein Berliner Aktionsbündnis Medienbildung unter Einbeziehung aller medienbildungsrelevanten Träger und Initiativen zu schaffen. Diese Instanz entwickelt ein ganzheitliches Landeskonzzept zur Stärkung der Medienkompetenz, organisiert den regelmäßigen Fachaustausch, koordiniert und fördert die verstärkte Kooperation von Schule und außerschulischer medienpädagogischer Expertise, würdigt besondere Leistungen medienpädagogischer Akteure, macht den Steuerungsprozess transparent, führt ein Monitoring über die Umsetzung der in der Konzeption zu beschreibenden Maßnahmenbündel und berichtet einmal jährlich über die Fortschritte bei der Umsetzung der Landeskonzzeption im Rahmen einer Fachtagung.

Wir fragen

18. Welche Vorschläge haben Sie, um einen nachhaltigen Austausch aller im Bereich Medienpädagogik und Medienbildung tätigen Organisationen zu ermöglichen?

19. Wie stehen Sie zur Initiierung eines Berliner Aktionsbündnisses für Medienbildung?

20. Wie stehen Sie zu der Überlegung, der mabb im Zuge einer Neuregulierung der Medienkompetenz-Förderpolitik im Medienstaatsvertrag der Länder Berlin und Brandenburg mehr Handlungsspielräume zu verschaffen, um stärker strukturbildende Maßnahmen zu unterstützen?

H. Weitere Vorgehensweise

Am Mittwoch, den 29. Juni 2016, werden die Antworten der Parteien veröffentlicht und auf einer Veranstaltung in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung mit PolitikerInnen und ExpertInnen diskutiert.

Auf der Kampagnenwebseite "Medienbildung Jetzt!" können die Forderungen kommentiert und die Antworten der Parteien eingesehen werden.

Matthias Specht

(Sprecher der Landesgruppe Berlin-Brandenburg der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V.)

Michael Lange

(Vorstand Landesarbeitsgemeinschaft Medienarbeit e.V. Berlin)

Kontakt:

E-Mail: info@medienbildung-jetzt.de

Web: www.medienbildung-jetzt.de

Literatur

Bildungsserver Berlin Brandenburg (o. J.): Basiscurriculum Medienbildung, online unter: <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/rlp-online/b-fachuebergreifende-kompetenzentwicklung/basiscurriculum-medienbildung/bedeutung/> (letzter Zugriff: 18.06.2016).

Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) in der Fassung vom 27. April 2001, online unter: <http://gesetze.berlin.de/>

jportal/portal/t/p3g/page/bsbeprod.psml?
pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&fromdoctodoc=yes&doc.id=j
KJHGAGBEpP13&doc.part=X&doc.price=0.0#jlr-KJHGAGBERahmen (letzter
Zugriff: 18.06.2016).

Mecklenburg-Vorpommern. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und
Kultur (2012): Schulgesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern, online
unter: <http://www.regierung-mv.de/serviceassistent/download?id=73181>
(letzter Zugriff: 18.06.2016).

Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin (2004):
Das Berliner Bildungsprogramm für die Bildung, Erziehung und
Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen bis zu ihrem Schuleintritt,
Berlin: Verlag das Netz, online unter: [http://www.daschinabuero.org/
berliner_bildungsprogramm_2004.pdf](http://www.daschinabuero.org/berliner_bildungsprogramm_2004.pdf) (letzter Zugriff: 18.06.2016).

Staatsvertrag über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und
Brandenburg im Bereich der Medien (MStV) (2013), online unter: [https://
www.rbb-online.de/unternehmen/der_rbb/struktur/grundlagen/
medienstaatsvertrag.file.html/140121-medienstaatsvetrag-2013.pdf](https://www.rbb-online.de/unternehmen/der_rbb/struktur/grundlagen/medienstaatsvertrag.file.html/140121-medienstaatsvetrag-2013.pdf)
(letzter Zugriff: 18.06.2016).